

WIRTSCHAFT

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung besucht Ravensburger Unternehmen

LESEDAUER: 5 MIN



Staatsministerin für Integration, Annette Widmann-Mauz (CDU). (Foto: Imago images)

30. Juli 2019

BENJAMIN WAGENER
Ressortleiter Wirtschaft

[Drucken](#)

So höflich Florian Biechele die Integrationsbeauftragte der **Bundesregierung** begrüßte, so groß war die Wut des jungen Unternehmers. „Ich bin wahnsinnig enttäuscht“, sagte der junge Geschäftsführer des gleichnamigen Eisenwarenhandels, blickte Annette Widmann-Mauz (CDU) ins Gesicht und erzählte seine Geschichte. Morgens um sieben Uhr sei einer der Geflüchteten, den Biechele in seinem Unternehmen im oberschwäbischen Biberach beschäftigte, in Arbeitskleidung von der Polizei zur Abschiebung abgeholt worden. „Und dabei ist

mir von der zuständigen Behörde suggeriert worden, dass das nicht passiert, wenn er seine Auflagen vollständig erfüllt“, erklärte Biechele.

Es sind Schicksale wie diese, die viele Unternehmer in Baden-Württemberg, die in den vergangenen Jahren mit viel Engagement geflüchtete Menschen in ihre Betriebe integriert haben, umtreiben und fassungslos machen. Einige von ihnen haben am Montagabend in **Ravensburg** auf Einladung des CDU-Bundestagsabgeordneten Axel Müller die Staatsministerin im Kanzleramt Widmann-Mauz getroffen – und mit ihr über das auf den Weg gebrachte Migrationspaket der Bundesregierung diskutiert.

Die Integrationsbeauftragte verteidigte das Gesetzesbündel. „Der Vorstoß ist ein Bekenntnis, dass wir Menschen von außerhalb Europas brauchen, um unseren Wohlstand zu erarbeiten“, sagte Widmann-Mauz über das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Die Tübingerin lobte das Geordnete-Rückkehr-Gesetz, weil „es klare Kante zeigt bei Leuten, die mit unseren Wertvorstellungen nichts zu tun haben wollen.“ Und sie wehrte die Kritik am Beschäftigungsduldungsgesetz ab, weil „es die Lebenswirklichkeit berücksichtigt und die Leistungsbereitschaft honoriert.“

Genau das sehen viele Unternehmer anders – und konfrontierten die Politikerin mit ihrem Unverständnis. Allen voran die Initiative „Bleiberecht durch Arbeit“, die den Leutkircher Brauer Clemens Härle und den Chef des Industriedienstleisters IDS aus Unteressendorf, Markus Winter, zu der Diskussion geschickt hatte. Wer in Deutschland kein Asyl bekommt, aber arbeitet und gut integriert ist, soll eine Bleibeperspektive bekommen, das sei das Versprechen der Politik gewesen. Und das sei auch legitim, nachdem die Betriebe nach dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise im September 2015 auf Bitte vieler Politiker bei der Integration der Geflüchteten geholfen haben.

Das nun verabschiedete Paket löse das gegebene Versprechen jedoch nicht ein. „Das neue Gesetz schafft eben keine Bleibeperspektive“, wettete Härle. „Wie soll ein Geflüchteter die Beschäftigungsduldung erreichen, wenn er nicht arbeiten darf?“ Man wolle Verlässlichkeit und Sicherheit für die Menschen, die „wir auf Bitten der Politik und im Vertrauen auf die Politik aufgenommen haben“, sagte der Allgäuer. „Und es ist auch nicht immer ein Spaziergang gewesen, die Leute zu integrieren.“

Die Unternehmer in Ravensburg hätten sich eine Fristenregelung gewünscht, die eine Bleibeperspektive für die Integrierten garantiert, die vor einem bestimmten Stichtag eingereist sind. „Im Bund hat man sich allerdings dagegen entschieden, was ich auch befürworte“, sagte der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Raimund Haser (**CDU**). Das Land habe jetzt nur wenig Möglichkeiten, das anders zu regeln, sagte der Allgäuer an die Unternehmer gerichtet. „Wenn man anderes haben will, muss man es eben auch anders gesetzlich regeln.“

Mehr – daran ließ die Integrationsbeauftragte keinen Zweifel – sei nicht möglich gewesen. „Man darf nicht vergessen, dass das Migrationspaket ein Kompromiss ist“, erklärte Widmann Mauz. „Das Gesetz wird sich in der Umsetzung der

Behörden aber auch setzen.“ Was an der Wut von **Florian Biechele** wenig ändern wird.



0 Kommentare

schwäbische
© Schwäbischer Verlag 2019